

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, Herr Rosner, liebe Kollegen und Gäste,

Ich möchte eingangs etwas für mich Selbstverständliches betonen, das mir aber heute und hier wichtiger als sonst erscheint: Ich stehe hier nicht als Vertreter der NPD. Ich spreche hier zu Ihnen als gebürtiger Eisenacher, der seine Stadt über alles liebt.

Aus Liebe zu Eisenach bin ich und sind auch einige Andere mit ernsthaften Bemühen in die Verhandlungen mit dem Kreis gegangen.

Aus Liebe zu Eisenach müssen wir aus meiner Sicht unter den gegebenen Umständen eine Fusion ablehnen. Und damit gehen wir weiter als die Kollegen der CDU.

Anders aber als es die Beschlussvorlage suggeriert, liegt das aber nicht allein am sogenannten Zukunftsvertrag.

Der Vertrag an sich ist sogar das geringere Übel, nicht zustimmungsfähig aus meiner unserer Sicht ist er z.B. in der Kreisstadtfrage, der selbständigen Volkshochschule in Eisenach – was wir ablehnen – oder dem schwammigen Kompromiss in Sachen Verteilung der Asylbewerber.

Aber entscheidender ist, dass die politischen Rahmenbedingungen trotz aller Bemühungen und Bekundungen des Landes eine Zustimmung verbieten.

Die Rahmenbedingungen, von denen ich spreche, das ist zum ersten für mich die Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit nicht groß genug ist, die finanzielle Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen.

Finanzielle Handlungsfähigkeit, liebe Kollegen, das ist ein dehnbarer Begriff.

Für die einen sind wir schon finanziell handlungsfähig, wenn wir nicht mehr 7 Millionen Euro Bedarfszuweisungen brauchen. Für die anderen sind wir finanziell handlungsfähig, wenn über einen kurzen Zeitraum von fünf, sechs Jahren der Verwaltungshaushalt prognostisch ausgeglichen sein wird.

Für mich ist finanzielle Handlungsfähigkeit, wenn wir wieder bedarfsgerecht investieren können und wenn wir zumindest Grund zur Annahme haben, dass diese weitreichende Entscheidung Eisenach über einen Zeitraum von Jahrzehnten die Chance auf jene Handlungsfähigkeit wiedergibt.

Und um genau das muss es uns allen gehen. Und das halte ich trotz aller Draufgaben des Landes nicht für ausreichend reell. Selbst dann, wenn wir alles rechtlich Mögliche, wie z.B. die Schulen, an den Kreis abgeben würden.

Zu den Rahmenbedingungen, von denen ich sprach, gehört auch die Steuergesetzgebung des Bundes.

Die Steuergesetzgebung des Bundes ermöglicht Schlupflöcher, ermöglicht das Mindern und Umgehen der Gewerbesteuer, was an einem Industriestandort und an einem Standort mit fast nur noch Filialisten wie Eisenach zu einer solchen Diskrepanz zwischen Umsätzen und Steueraufkommen führt, wie wir es in Eisenach vorfinden.

Glaubt denn einer, dass im Rahmen der Steuerzerlegung Subway, Supermarktketten, Drogerieketten und die vielen anderen, die inzwischen jeder Stadt ein gleiches Gesicht verpassen, hier Gewerbesteuern zahlen?

Hier wäre es Sache des Bundes eine Gewerbesteuerreform für die Kommunen statt für Konzerne und Ketten zu machen.

Das können wir aber hier nicht beeinflussen. Aber die Fusion wird diese Probleme eben nicht lösen.

Liebe Kollegen,

es gab auch Geburtsfehler in den Verhandlungen mit dem Kreis.

Ich gehörte ja bereits in der vorhergehenden Legislatur der Strategiekommission zur Rückkreisung an.

Das Thema wurde dort meines Erachtens lange sehr stiefmütterlich angegangen und zudem auf der reinen Sachebene. Und zwar bei den Sachen, die man rein nüchtern und wenig emotional betrachten und auch lösen konnte.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich damals einforderte, dass zunächst die Kreisstadtfrage geklärt werden müsse. Da hieß es, dass man die Verhandlungen damit nicht belasten möchte und man zunächst alle anderen Dinge auf der Arbeitsebene geklärt haben will bevor man dieses heiße Eisen anpacken wolle.

So war das auch bei anderen Fragen.

Machen wir uns nichts vor: Über Jahre hinweg gab es zwar immer wieder Beratungen und Arbeitstreffen, aber die wirklichen Verhandlungen, wo alles auf den Tisch kam, die haben jetzt erst vor wenigen Monaten begonnen und sollen nun möglichst schnell in einen Beschluss münden, der vor allem dem Land in den Kram passt.

Denn ich meine und so politisch muss es heute schon werden dürfen: Bodo Ramelow hat auf der Haben-Seite nicht viel zu bieten. Zum Ende der Legislatur soll es mit der hiesigen Region wenigstens noch ein bis zur Landtagswahl scheinbar erfolgreiches Modell aus dem Bereich der Gebietsreform geben.

Dass es im Kreis auch die CDU ist, die sich für diesen Testballon zum Versuchskaninchen machen lässt, hat schon Witz.

Denn nichts anderes ist es doch, wenn wir ehrlich sind. Nur so ist es auch zu erklären, dass wir als Ehrenamtler kurz vor der Angst vom Innenministerium mit neuen Zahlen überzeugt werden sollen.

Anders ist es auch nicht zu erklären, dass man immer neue Kompromissformeln ersinnt, die uns eine Zustimmung abringen sollen. Jetzt soll es noch einen finanziellen Fallschirm geben in Form einer Monitoring- oder Evaluierungsklausel und es wird uns eingeredet, dass wir ruhig erstmal zustimmen sollen und wenn uns dann das Gesetz nicht passt, ja wieder aussteigen können. Ja, wer glaubt denn daran? Das sind psychologische Spielchen, auf die wir nicht hineinfallen sollten.

Liebe Kollegen!

Der kurzfristig Denkende mag angesichts der neuen Zahlen und Kompromissformeln aus dem Innenministerium nun sagen: „Sieht doch alles viel besser aus als die Zahlen aus unserer Kämmerei.“

Und fürwahr hat das Land Aspekte genannt, die wir noch nicht auf dem Tisch hatten. Und man muss auch ehrlich dazu sagen, dass sich damit auf den ersten sehr kurzfristigen Blick die Lage etwas entspannt.

Aber sind ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt, von dem der Kollege Neumann in der gestrigen Sitzung zurecht behauptete, dass dieser ja immer irgendwie gedeckelt werden kann, und eine dann freie Spitze von ein paar Hunderttausend Euro wirklich der Grund, um unsere Selbstständigkeit aufzugeben?

Um Mitarbeiter aufzugeben, die hier Steuern zahlen und konsumieren.

Um uns fortan aus Bad Salzungen regieren zu lassen.

Um fortan kein wichtiges Amt mehr in Eisenach zu besitzen.

Und Und Und.

Ich meine, wenn wir all das abwägen und die Wahrscheinlichkeit im Blick behalten, dass die Fusion nur einen kurzfristigen Effekt haben wird – und hier spreche ich bereits von vielleicht fünf Jahren, dann können wir nur zustimmen, wenn wir nach dem Motto leben „Nach uns die Sintflut“

Ich meine aber: Auf einer solchen Grundlage, werte Kollegen, können wir eine solche Entscheidung nicht treffen!

Heute nicht und auch nicht in einer kurzfristig durchgepeitschten zweiten Lesung des Vertrages Anfang September.

Wir wollen alle weg vom Tropf der Bedarfszuweisungen. Aber ist es denn dann etwas anderes, nur weil man es dann eben Finanzspritzen nach Monitoring oder Evaluierung nennt?

Jetzt mag man mir vorhalten: Wieso haben Sie dann überhaupt erst verhandelt?

Und an dieser Stelle muss man auch Kritik an der Verhandlungsführung von Land und Stadtführung üben: Ständig neue Informationen, ständig geänderte Rahmenbedingungen – Stichwort Große Kreisstadt – ständig andere Willensbekundungen der OB – Stichwort Volkshochschule und anderes – da hat man sich als ehrenamtlicher Stadtrat teilweise schon überfordert gefühlt.

Aber ich bin seinerzeit dennoch ernsten Willens in diese Verhandlungen hineingegangen. Und sie haben auch trotzdem etwas gebracht, wie ich finde. Und zwar mehr Verständnis auf beiden Seiten füreinander, eine Basis für eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit und ein realistischer Blick dafür, dass man sagen muss: Keine Gebietsreform und keine Fusion lösen die Probleme von Kommunen.

Die Verhandlungen haben mir einen klaren Blick gegeben. Ich hatte anfänglich gehofft, dass wir tatsächlich hinbekommen, die finanzielle Leistungsfähigkeit zumindest zu verbessern. Das war ja das Ziel.

Und deshalb war es ja so wichtig, gemeinsam in die Tiefe zu gehen, wenn auch das Resultat die Erkenntnis sein muss, dass wir die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht wiedererlangen oder und das muss ich betonen: Es zumindest nicht als gesichert gelten kann, dass wir dieses Ziel erreichen.

Liebe Kollegen,

wenn klar wäre, dass wir dieses Ziel mit Sicherheit oder hoher Wahrscheinlichkeit erreichen würden, dann hätte ich fürwahr auch einigen Kompromissen zugestimmt. Aber so kann ich das mit meinem Gewissen als Eisenacher nicht vereinbaren.

Und anders als leider andere Kollegen hier denke ich dabei nicht in 2, 3, 4 und auch nicht 5 oder 10 Jahren.

1998 wurde Eisenach kreisfrei. Das ist also genau 20 Jahre her. Noch heute schimpft man Gift und Galle über die damaligen Entscheidungsträger. Dabei ging es Eisenach seitdem nicht immer schlecht.

Es waren und sind eben die bereits genannten vor allem bundespolitischen Faktoren, also auch die bundespolitisch mit verursachten steigenden Soziallasten, gewesen, welche die Situation zunehmend und anhaltend verschlechterten.

Was wir hier vor uns liegen haben und entscheiden sollen, ist ebenso eine Entscheidung die Jahrzehnte wirkt und die nie wieder rückgängig zu machen sein wird. Besonders in Zeiten, wo Großstrukturen als das alleinige Heilmittel zur Kompensation hausgemachter struktureller Defizite gelten.

Das sollten wir uns alle miteinander vor Augen führen. Und auch wenn ich zu den jüngsten Abgeordneten in diesem Gremium gehöre, kann doch niemand nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ oder anders gesagt: „Wenigstens ein paar Jahre ohne Bedarfszuweisungen leben und der Rest ist mir egal“, handeln oder entscheiden.

Wollen wir, dass man in 10 oder 20 Jahren sagt: Also, was die Wolf, der Klostermann, der Walk, der Neumann, die May oder der Wieschke da verzapft haben, das war eine Sünde an unserer Stadt und dann werden wir wie Ex-OB Broduhn u.a. für immer und ewig nicht mit unserem übrigen Wirken, sondern mit einer mutmaßlichen Fehlentscheidung in die politischen Annalen dieser Stadt eingehen.

Und die Gefahr, dass das so kommt, ist zumindest gegeben. Und ich bin nicht bereit, dieses Risiko einzugehen.

Und was ich uns allen, aber vor allem meiner Heimatstadt Eisenach ersparen möchte, ist der Buhmann im ganzen Kreis zu werden.

Es liegt doch auf der Hand, dass durch den Eintritt der Stadt in den Kreis nach Abschmelzung der Mittel des Landes die Kreisumlage steigen wird und muss.

Und wenn man dann erst Zuschüsse für Bäder, Kindergärten und Vereine kürzen oder Schließungen vornehmen muss, dann wird es ob wahr oder unwahr immer heißen: Das ist die Schuld der Eisenacher!

Der kommunalen Familie wird das nicht gut tun und auch wenn wir hier nicht mehr und nicht weniger als nur die Interessen der Eisenacher Bürger zu vertreten haben, sollten zumindest die Vertreter überregional vertretener Parteien auch das Wohl und die Entwicklung der kreislichen Städte und Gemeinden im Hinterkopf behalten.

Liebe Kollegen!

Aus vorgenannten Gründen wird es von uns heute und auch nach etwaiger Nachbesserung in einer zweiten Lesung keine Zustimmung zur Fusion mehr geben.

Die Lösung liegt auf Bundesebene. Darauf haben wir bekanntlich keinen Einfluss. Das Land hätte hier größeren Einfluss.

Eine andere Alternative sehe ich nicht. Auch wenn das einigen Kollegen jetzt zu dürrftig oder nach „Weiter wurschteln“ klingt, sage ich, der Preis zur Aufgabe unserer Selbstständigkeit ist zu hoch und die Vorteile zu gering und schnell verpufft.

Im Zeitraster von Jahrzehnten könnte man den wirklich messbaren Effekt dieser Fusion sogar als Einmaleffekt bezeichnen.

Für diesen Effekt sollte kein verantwortungsbewusster Stadtrat als Diener seiner Wähler und aller Bürger die Hand erheben.

Vielen Dank!